

Onlinebeteiligung von Einwohner/innen für Einwohner/innen

Die Plattform für interaktive Bürgerbeteiligung in Sundern

Ralph Brodel

Knapp ein Jahr ist die Plattform für interaktive Bürgerbeteiligung in Sundern, kurz PiB (<https://pib-sundern.de/start>), nun online. Und sie hat ein paar Besonderheiten, die eher selten sind. Die Plattform wurde komplett von Einwohner/innen für Einwohner/innen entwickelt. Von der gesamten Programmierung bis hin zu den vielen Fragestellungen, wie die Einwohnerinnen und Einwohner beteiligt werden wollen.

Bei der Gestaltung von PiB wurden hohe Hürde gewählt, sowohl inhaltlich, als auch technisch. Zum einen sollte vermieden werden, dass sich PiB zu einem zweiten Facebook entwickelt. Zum anderen sollten sich nur jene beteiligen, die tatsächlich Einwohner/innen der Stadt sind und auch Zeit in teilweise knifflige Fragestellungen investieren wollen.



Abbildung 1: Screenshot Beteiligungsplattform PiB

Zum Hintergrund: Warum gibt es diese Plattform?

Ob ländlicher oder städtischer Raum, die Einwohnerinnen und Einwohner fordern immer mehr und vor allem neue Formen der Beteiligung. Ob dies nun bei der Umgestaltung eines zentralen Platzes ist, dem Straßenausbau vor der eigenen Haustür oder sonstiger Veränderungen in der Kommune. Das Bedürfnis nach »spezieller Beteiligung«, nach »eigens eingerichteten Mitsprachemöglichkeiten«, nach, bes-

tenfalls, »individualisierter Beteiligung« ist eine beständige Forderung. Dies gilt auch dann, wenn in einer Mittelstadt wie Sundern, mit rund 30.000 Einwohner/innen, die Verwaltungsspitze konsequent alle klassischen Möglichkeiten von »traditionellen« Bürgerbeteiligungsformaten umsetzt und durchführt. Hierzu gehören beispielsweise: Bürgersprechstunden, Stadtteil- und Dorfrundgängen mit Haustürgesprächen des Bürgermeisters, periodisch regelmäßig stattfindenden Einwohnerversammlungen in allen Stadtteilen und Dörfern, regelmäßigen Marktgesprächen, sowie der Fragestunden im Rat und der punktuellen Bürgerbeteiligungen unter der Einbindung von Fachabteilungen (Bebauungspläne, Bildungsplanungen etc.).

Mir als Bürgermeister macht es einen unglaublichen Spaß und beschert echte Freude, mit den Einwohnerinnen und Einwohnern ins Gespräch zu kommen. Daher auch die vielfältigen Angebote der direkten Kontaktmöglichkeiten. Nichtsdestotrotz bleibt das Bedürfnis nach noch mehr, und vor allem nach anderer, partieller und spezieller, Bürgerbeteiligung im Raum, meist verbunden mit digitalen Kommunikationsmodellen.

Dabei sind sich alle politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen und bei allen Organisationen am grünen Tisch einig, dass dies gut und richtig ist. Das »man« moderne Bürgerbeteiligung als Querschnittsaufgabe immer und überall mitdenken muss. Das »man« in der öffentlichen Verwaltung Bürgerpotentiale fördern soll, das »man« Prozesse moderieren muss, Spielregeln aufstellen soll, »man« dabei aber alle Informationen auch zielgruppengerecht aufarbeiten und vermitteln muss und dass »man« auch selbst diejenigen zu erreichen hat, die sich gar nicht beteiligen möchten. Dies fasst so zumindest der Deutsche Städtetag in seinen »Thesen zur Weiterentwicklung der lokalen Demokratie« zusammen (1).

Dem Thesenpapier kann »man« – also am Ende meist die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – auch zustimmen, nur muss dies leistbar und bezahlbar sein. Hier braucht es, wenn »man« diese Thesen tatsächlich konsequent und umfänglich umsetzt, spezialisierte Mitarbeiter/innen (Kommunikationserfahrung gepaart mit Verwaltungserfahrung und ausgestattet mit politischer Sensibilität), die mit nichts anderem beschäftigt sind. Für eine Stadt wie Sundern müssten hierfür zwei neue Stellen geschaffen werden. Bei ohnehin zu bewältigenden Sparvorgaben und anderen wichtigen Aufgaben in der Warteschleife ist dies schlicht nicht durchführbar. Die in den Thesen des Städtetags beschriebene »moderne« Art der Bürgerbeteiligung ist für mich das große Versprechen der Revitalisierung oder modernen Weiterentwicklung von Kommunalpolitik. Schnell, passend, direkt, für alle.

Es klingt ein bisschen wie Werbung für Fast Food. Frisch, lecker, schmackhaft und natürlich auch gesund. Ehrlich? Die Literatur zur modernen Bürgerbeteiligung zeigt immer wieder auf, wie sie endlich wieder breite Zugänge zu demokratischen Prozessen schafft. Das Versprechen lautet, so scheint es mir zumindest, Demokratie ist einfach, es würden sich ja auch mehr beteiligen, nur die alten Formen passen nicht mehr in die modernen Zeiten und hier hat der Einwohner, die Einwohnerin leider eben nicht mehr genügend davon, von der Zeit meine ich.

Das mit der Zeitknappheit ist nicht neu, hat sich aber in den letzten Jahrzehnten verschärft. Die Gesellschaft fordert, seit Jahrzehnten dem neoliberalen Zeitgeist ausgeliefert, die permanente Verwirklichung des Selbst, was deutlich etwas anderes ist, als Selbstverwirklichung. Fitness, Freizeit, Job, Familie, Beziehungen, Lifestyle wollen da nicht einfach gelebt, sondern müssen »gemanagt« werden. Für ande-

re Bedürfnisse, wie der der gesellschaftlichen (z.B. im Vereinsleben) und auch der politischen Partizipation (z.B. in Parteien), ist da keine – oder keine ausreichende – Zeit mehr. Also braucht es neue Angebote, die den Zeitgeist der modernen Welt befriedigen. Jeder kann und soll einfach so, schnell und sofort, mitmachen. Natürlich passend zu seinen scheinbar sehr speziellen und individuellen Bezügen. Bei solchen Versprechen denke ich immer schnell an IKEA: »Wohnst Du noch oder lebst Du schon?« so das Angebot des größten Möbelverkäufers mit dem größten standardisierten Sortiment für am Ende – wie sollte es anders sein – standardisierte Wohnungseinrichtungen. Alle wohnen im Gleichen und fühlen sich besser, weil sie jetzt ja leben. Werbung macht Träume wahr, und wenn diese sich nur in einer Schrankwand manifestieren. Ehrlich? So einfach ist das?

Wie auch immer, es sind sich alle einig, dass die gute alte Demokratie neu an die Frau und an den Mann gebracht werden muss. Also neu beworben werden muss. Damit kann ich gut leben, auch wenn ich dabei über einen großen Widerspruch hinwegsehe: Nie war es einfacher sich zu beteiligen. Ob in öffentlichen Ratssitzungen, der Möglichkeit die elektronisch veröffentlichten Vorlagen der Ausschüsse und des Rates einzusehen, bis hin zur Mitarbeit in den verschiedenen und immer vielfältiger werdenden demokratischen Parteien. Dort wird jeder mit offenen Armen empfangen, weil dringend gebraucht. Nur leider ist dies weder partielle Bürgerbeteiligung, noch ist diese auf Schnelligkeit und Einfachheit ange richtet.

Mit Kritik hat dies vieles zu tun, auch mit persönlichem Bedauern. Als Kulturpessimismus sollte es nicht verstanden werden, schon gar nicht mit Modernitätsverweigerung. Times are changing und der Zeitgeist wird weiter in die Richtung einer individualisierten Gesellschaft laufen.

Weiter getrieben wird diese individualisierte und entsozialisierte Gesellschaft von der Digitalisierung, die jedem das Gefühl gibt in seiner eigenen (digitalen) Welt, seiner eigenen (digitalen) Community, prima leben zu können. Mit schneller (scheinbarer) Selbstverwirklichung und ebenso schneller Selbstbestätigung. So sind die sozialen Medien, meiner Meinung nach, die wesentlichen Katalysatoren für die Zunahme des Wunsches nach partieller und durchaus auch anstrengungsloser Beteiligung an Demokratie. Die sozialen Medien, in denen man gerne, und vorzugsweise laut, seine Meinung zu allen möglichen Vorgängen in der Verwaltung und der Kommunalpolitik abgibt und abgeben kann. Jetzt, direkt, ohne Mühen, ohne Konsequenzen.

Tatsächliche Politik ist aber leider das genaue Gegenteil davon: Sie braucht Zeit, geht viele Umwege, sie ist mühevoll und hat Konsequenzen. Für diejenigen Menschen, die sich in diesen Niederungen der tatsächlichen Politik engagieren, seien es nun Kommunalpolitiker/innen oder Mandatsträger/innen, besteht mittlerweile die große Herausforderung darin, in den sozialen Medien die berechtigten kritischen Posts von denen zu unterscheiden, in denen es um eine rein emotionale Selbstbefriedigung der eigenen Befindlichkeiten geht. Als Bürgermeister, zuständig für die Zukunft und die Entwicklung der Stadt, als auch der Befindlichkeiten und Teilhabe ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, wurde mir immer deutlicher, dass eine recht große Diskrepanz zwischen der Anzahl der faktenbasierten und den auf Befindlichkeiten aufbauenden Posts bestand. Insbesondere dann sichtbar, wenn Themen große emotionale Resonanzböden bieten, wie beispielsweise bei der Aufnahme von Menschen, die sich auf der Flucht vor Kriegen und Katastrophen, ob ökonomisch oder ökologisch, befinden. Bezeichnend waren

und sind dann auch die Verweigerungen nach von mir via Messenger angebotenen persönlichen, direkten Gesprächen, wenn die Posts augenscheinlich Unwahrheiten oder Übertreibungen zum Inhalt hatten.

Die Plattform für interaktive Bürgerbeteiligung in Sundern

Bei der Erweiterung der Bürgerbeteiligung in Sundern sollten all die geschilderten generellen Vorüberlegungen einfließen. Es sollte eine neue und schnelle Möglichkeit zur Beteiligung geben – auch und gerade von der heimischen Couch aus. Es sollten Möglichkeiten geschaffen werden die gelebte intensive Bürgerbeteiligung weiter auszubauen. Hieraus entstanden ist die Plattform der interaktiven Bürgerbeteiligung in Sundern, kurz PiB (<https://pib-sundern.de/start>).



Abbildung 2: Vorstellung Beteiligungsplattform Sundern © Stadt Sundern

Aus den oben genannten Vorüberlegungen heraus ergaben sich klare Vorgaben:

1. Es gibt keine anonymen Teilnahmemöglichkeiten.
2. Es besteht nur die Möglichkeit zur Teilhabe von wirklichen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt.
3. Bei jeder Fragestellung und/oder Abstimmung gibt es die verpflichtende Lektüre von wesentlichen Grundlagendaten, die der Entscheidung oder Fragestellung zu Grunde liegen.
4. Die Plattform darf im Wesentlichen nichts kosten.
5. Beim Aufbau der Plattform sollen auch und gerade junge Einwohnerinnen und Einwohner beteiligt werden.

Gerade der Punkt Vier – die Kosten – machte, nach der Recherche bestehender Softwarelösungen, Probleme. Mit einmaligen Kosten von im Mittel rund 20.000,00 € und jährlichen Folgekosten von rund 1.600,00 €, fielen die bestehenden Lösungen aus.

Durch meine Vereinsbesuche hatte ich aber Zugang zu einem Verein, der sich der ehrenamtlichen Vermittlung von Soft- und Hardwarekenntnissen zu eigen gemacht hatte. Diese kleine Schar von jungen Enthusiasten des Hackerspace e.V. Sundern (<https://www.hackerspace-sundern.de/>) sprach ich auf mein Vorhaben an und ertete sofortige Zustimmung. Damit war klar, wir bauen unsere eigene Plattform, von Grund auf. So war auch der Punkt Fünf, die Beteiligung junger Menschen, gewährleistet.

Dass der eigene Aufbau der Plattform ein Jahr harte Arbeit bedeutete, war allerdings nicht so klar. Sicherlich gut so, denn manchmal ist es ja förderlich, nicht zu wissen wie anstrengend ein Weg sein wird. Selbstverständlich fielen hier auch Kosten an, die sich aber in einem bescheidenen Rahmen bewegten (rund 3.000,00 €) und die als Demokratieprojekt von der örtlichen Sparkasse gefördert wurden.

Als besondere Herausforderung gestalteten sich die Lösungen der Vorgaben der Teilhabe an der Plattform. Also ohne den Schutz einer Fake-Identität und der Vorgabe, dass nur Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt sich auf der Plattform bewegen sollten, um von Anfang an eine sachliche Diskussion auf der Plattform zu gewährleisten. Die Lösung wurde dann in einer Erweiterung des Projektteams, zu der Anfangs die Mitglieder des Vereins, die Wirtschaftsförderung, die IT-Abteilung der Stadtverwaltung und der Bürgermeister gehörten, um das Einwohnermeldeamt gefunden. Jeder, der sich auf der Plattform anmeldet, bekommt erst einmal einen Code per Mail zugesandt. Dieser wird an das Einwohnermeldeamt gegeben. Dort wird die Identitätsprüfung durchgeführt und mit einem weiteren Code, nach erfolgter positiver Prüfung, kann sich der Einwohner, die Einwohnerin auf der Plattform freischalten.

Einzig der Punkt der Verpflichtung des Lesens von wesentlichen Informationen und der Aneignung von faktenbasiertem Wissen für vorgestellte Fragestellungen blieb und bleibt eine nur halb gelöste Herausforderung. Wenn auch eine zentrale, denn die Macht von populären Halb- und/oder Falschinformationen wächst gerade dort, wo politische Entscheidungen wesentlich und damit nicht nur inhaltlich spannend, sondern auch stark emotionalisierend sind.

DATEIEN/ANHANG





Datei	Download
Anlage1_ Was ist ein städtebaulicher Rahmenplan.pdf (pdf)	 DOWNLOA 0,11 MB
Anlage 2_ Was ist ein Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept.pdf (pdf)	 DOWNLOA 0,02 MB
Anlage 3_ Rahmenplan Sundern_Variante-0.pdf (pdf)	 DOWNLOA 0,83 MB
Anlage 4_ Rahmenplan Sundern_Variante-0- Parkplätze.pdf (pdf)	 DOWNLOA 0,52 MB

Abbildung 3: Screenshot Beteiligungsplattform PIB



Abbildung 4: Screenshot Beteiligungsplattform PiB

Die Lösung auf unserer Plattform PiB ist eine rein technisch und wirtschaftlich leistbare. Bei bestimmten Fragestellungen sind Textdateien hinterlegt, die vor jedweder Abstimmung geöffnet werden müssen (siehe Abb. 3). In diesen sind die wesentlichen Informationen zur Entscheidungsfindung enthalten. Dies sind meist Zusammenfassungen aus Vorlagen der Ratssitzungen und der Fachausschüsse. Wenn möglich in eine verständliche Sprache übertragen. Das Öffnen der Datei wird elektronisch registriert und damit ist der Weg zur Abstimmung frei. Allerdings ist damit leider nicht verbunden, dass die Dokumente tatsächlich gelesen wurden. Bislang allerdings und durch entsprechende eingblendete Hinweise, kann aber festgestellt werden, dass diese Dokumente zumindest wirklich wahrgenommen und benutzt werden.

Damit baut PiB viele Hürden auf, die eigentlich gegen die häufig geäußerten Meinungen stehen, dass solche Hürden – gerade die komplexe Anmeldeprozedur – kontraproduktiv seien. Zum Anfang des Jahres 2019 gestartet, hat die Plattform mittlerweile rund 200 Nutzer/innen. Für eine Einwohnerzahl von 30.000 eine überschaubare Größe, aber eine Zahl mit der wir gerechnet haben und die auch als Erfolg gewertet werden kann.

Hinderlich bleibt die fehlende Stelle einer reinen Öffentlichkeitsarbeit, damit noch mehr Projekte aufgearbeitet eingestellt werden können. Denn die Aufbereitung von Sachinformationen ist mühsam und ein permanenter Abwägungsprozess, in dem viele Dinge betrachtet und gewichtet werden müssen: Welche Informationen sind relevant? Welche Informationen dürfen veröffentlicht werden? Wann sollte oder kann eine Umfrage beginnen ohne den gewählten Ratsvertretern und Ausschussmitgliedern vorzugreifen? Ab wann könnte eine Umfrage als versuchte Einflussnahme der Verwaltung in die ein oder andere Richtung gelten? Und: Welche Informationen sind vielleicht zu sehr unbewusst vom Verwaltungsdenken her geprägt?

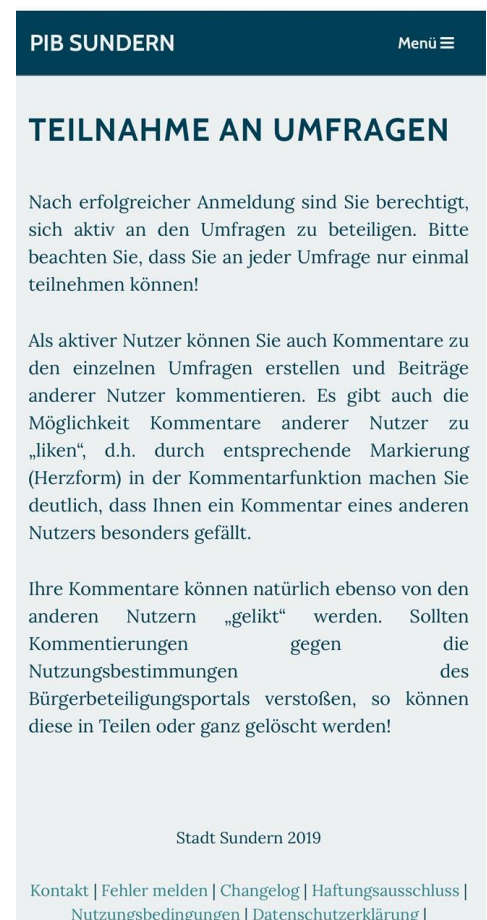


Abbildung 5: Screenshot Beteiligungsplattform PiB

Gerade die letzten Punkte sollen jetzt zu einer Erweiterung des bestehenden Projektteams führen, indem wir ein Redaktionsteam aufstellen wollen, indem sich Einwohnerinnen und Einwohner in die operative und redaktionelle Leitung miteinbringen sollen. Damit soll sich PiB weiterentwickeln, da so personelle Ressourcen und neue Sichtweisen gewonnen werden.

Anmerkungen

(1) Deutscher Städtetag. Thesenpapier zur Weiterentwicklung der lokalen Demokratie. Beschlossen vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages am 7. November 2013 in Berlin

Autor

Ralph Brodel, Bürgermeister der Stadt Sundern (Sauerland)

Kontakt

Stadt Sundern
Rathausplatz 1
59846 Sundern (Sauerland)
Tel.: 02933/81-123
E-Mail: r.brodel@stadt-sundern.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 6753119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de